



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

1. April 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

hier in Berlin hat letzte Woche der Frühling angefangen - Sonnenschein und Blütenduft begleiten seitdem unsere Arbeit im Bundestag. Das gibt Aufschwung für die vielen Themen, die diese Woche zur Debatte stehen.

Am Donnerstag geht der Gesetzesentwurf zum neuen **Rentenpaket** in die erste Lesung. Die von der SPD versprochenen Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung sind damit auf dem Weg - nicht das einzige Wahlversprechen, dass die SPD bereits in Angriff genommen hat: **Seit mehr als 100 Tagen ist die SPD an der Regierung und ich muss sagen, dass ich sehr zufrieden bin. Viele „sozialdemokratische Herzensangelegenheiten“ haben wir bereits in Gesetzentwürfe gegossen** - angefangen beim Rentenpaket über den Mindestlohn von 8,50 Euro bis zur Mietpreisbremse und Ökostromreform, Frauenquote in Aufsichtsräten und zum Elterngeld Plus. Wir haben Wort gehalten. Jetzt heißt es die noch offenen Themen mit aller Intensität anzugehen.

Zur doppelten Staatsbürgerschaft beispielsweise konnten wir innerhalb der Großen Koalition erst letzte Woche einen - wie ich finde - guten Kompromiss erzielen. **Die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder wird explizit abgeschafft.** Dies ist ein großer Erfolg für die vielen jungen Menschen in Deutschland, die sich bisher gegen die Wurzeln ihrer Familie entscheiden mussten, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft nicht verlieren wollten. Der Gesetzesentwurf mit mehr Informationen wird noch kommen.

Am Girl's Day letzten Donnerstag, hatte ich übrigens die 14-Jährige Sarah aus Seeheim-Jugendheim zu Besuch. Sie war gemeinsam mit 70 Schülerinnen aus der gesamten Bundesrepublik zu Gast bei der SPD-Bundestagsfraktion, um im Rahmen von Veranstaltungen und Führungen einen Einblick in die Arbeit einer Bundestagsabgeordneten zu bekommen. **Politik ist nämlich längst keine Männersache mehr - der Girl's Day ist eine gute Gelegenheit, dies unter Beweis zu stellen.**

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

Euse / Ihre Brigitte Zypries

+++ Veranstaltungstipp +++

Die SPD empfängt den Frühling

Am Montag, den 7. April 2014 findet der diesjährige Frühlingsempfang der SPD Darmstadt um 19 Uhr im Darmstadtium, Schloßgraben 1, 64283 Darmstadt, Foyer 3.12 statt.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion Darmstadt, Hanno Benz, werde ich als Vorsitzende der SPD Darmstadt die Gäste begrüßen.

Auch wird es anlässlich der Europawahl am 25. Mai einen „EUROPA-TALK“ mit der Europa-Abgeordneten Petra Kammerevert und dem Darmstädter Europawahl-Kandidaten Santi Umberti geben.

Anmeldung erwünscht unter:
info@spd-darmstadt.de



+++ Foto-Ausstellung +++

„Bescheidene Helden“

Bis zum 20.04.2014 können Sie im Schauraum des Vereins „Darmstädter Tage der Fotografie“ im Literaturhaus Darmstadt, Kasinostraße 3, 64293 Darmstadt die Fotoreihe „Bescheidene Helden“ der Künstlerin Katharina Mouratidi sehen, die zuvor im Willy-Brandt-Haus in Berlin ausgestellt war.

Die Fotografin porträtiert 40 Trägerinnen und Träger des Right Livelihood Award, der international als der „Alternative Nobelpreis“ bekannt ist. Bescheiden platzieren sich die Preisträger auf einem feudalen Rokoko-Sessel - ein sehr sichtbarer Kontrast von Herrschaftlichkeit, Reichtum und Protz einerseits, Aufbruch, Wandel und Mut andererseits.

Der Eintritt ist frei – ausgenommen sind kostenpflichtige Veranstaltungen des Literaturhauses.

Aus dem Plenum: Minderheitenrechte für Linke und Grüne im Bundestag

Am Donnerstag beschäftigt sich der Bundestag mit der Frage des Umfangs und der Sicherung von Minderheitenrechten der Opposition in der laufenden Legislaturperiode. Über insgesamt vier Vorlagen der verschiedenen Fraktionen werden wir Abgeordneten eine Stunde lang diskutieren und im Anschluss daran namentlich abstimmen.

Eine Änderung der geltenden Regelungen der Geschäftsordnung war nötig geworden, da die Opposition aus Linke und Grüne in dieser Legislaturperiode nur 20 Prozent der Abgeordneten stellt. Lediglich die erste Große Koalition von 1966 bis 1969 verfügte über eine noch komfortablere Mehrheit. Für die Einberufung eines Untersuchungsausschusses und die Überprüfung von Gesetzen beim Bundesverfassungsgericht ist jedoch jeweils der Antrag eines Viertels der Mitglieder des Bundestages, also ein 25 Prozent Quorum, notwendig.

Grundsätzlich genießen Oppositionsabgeordnete dieselben Rechte wie alle Abgeordneten. Dazu zählen das Recht auf Mitwirkung in Ausschüssen, auf Akteneinsicht im Bundestag sowie das Recht, kurze Einzelfragen zur mündlichen oder schriftlichen Beantwortung an die Bundesregierung zu richten. Bestimmte Rechte sind allerdings Fraktionen vorbehalten. **Im parlamentarischen Alltag kommt der Opposition vor allem die Aufgabe zu, die Regierung zu kontrollieren und Argumente für und gegen deren politische Programme öffentlich zu kommunizieren.** Das ist das Wesen einer Demokratie.

Damit diese Kontrollfunktion gewahrt bleibt, halte ich es für sinnvoll und angebracht, der Opposition zusätzliche Rechte einzuräumen. Der gemeinsame Antrag von SPD und CDU/CSU sieht vor, dass die Geschäftsordnung durch einen zusätzlichen Paragraphen ergänzt wird. Danach soll etwa auch dann ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden können, wenn alle Mitglieder der Opposition dies beantragen. Auch sollen die beiden Oppositionsfraktionen in Zukunft mehr Redezeit erhalten und etwa in *Aktuellen Stunden* vier von zwölf Rednern stellen - anstelle von zwei nach aktuellem Recht. Außerdem sollen der Opposition zusätzliche Geld- und Sachleistungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben bereitgestellt werden.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bilder:

Seite 2: *Hannes Nonhebel*

Seite 3: *Büro Zypries*

Mindestlohn für Beschäftigte der Fleischindustrie

Im Zentrum der Debatte am Donnerstag steht der von uns eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmerentendegesetzes. **Ab 1. Juli 2014 soll danach die Fleischverarbeitungsindustrie in den Branchenkatalog des Gesetzes aufgenommen werden - für rund 100.000 Beschäftigte der Branche wird damit ein bundesweit einheitlicher Mindestlohn in Kraft treten.**

Die Arbeitsbedingungen in den großen deutschen Schlachtbetrieben sind derzeit zum Teil katastrophal. Zunehmend werden Facharbeiter über Subunternehmen durch billige Werkvertragsbeschäftigte ersetzt - ein Missbrauch von Werkverträgen, der bewirkt, das inländische Arbeitsrecht und Tarifvereinbarungen sowie der neue gesetzliche Mindestlohn für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gelten. **Das Resultat ist systematisches Lohndumping und die Ausbeutung von ausländischen Arbeitskräften.**

Mit der Aufnahme der Fleischwirtschaft ins Arbeitnehmerentendegesetz kann der Anfang Januar vereinbarte Mindestlohn in der deutschen Fleischindustrie für alle Arbeitnehmer umgesetzt werden - unabhängig davon, ob es sich um eine Arbeitnehmerin oder einen Arbeitnehmer in regulärer Beschäftigung, in Leiharbeit oder um über Werkverträge mit Subunternehmen beschäftigte Menschen handelt. Der neue Mindestlohntarifvertrag über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz gilt gerade auch für aus dem europäischen Ausland stammende Beschäftigte aus Werkvertragsunternehmen, die häufig in dieser Branche arbeiten. Die Erfahrungen, die in den bisherigen Branchen gemacht worden sind, machen Mut: **Die Branchenmindestlöhne haben nicht zu Beschäftigungsverlusten geführt, sie haben stattdessen zu mehr Fairness im Wettbewerb der Unternehmen beigetragen.**

Die von der SPD durchgesetzten Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zum Thema Mindestlohn tragen mit dem Gesetzesentwurf erste Früchte. Jahrelang herrschte Schweigen zwischen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss e.V. (ANG), obwohl die NGG sich nach Kräften um Tarifgespräche bemühte. **Und jetzt bekommen tausende Beschäftigte in der deutschen Fleischindustrie noch vor der Einführung eines von der SPD durchgesetzten flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns zum 1.1.2015 mehr Lohn! Das ist ein großer Fortschritt für alle in der deutschen Fleischindustrie Beschäftigten - und auch für die SPD.**